



Tag der Wirtschaft

Durch Innovation zu Wachstum und Nachhaltigkeit – So gewinnt die Schweiz

Freitag, 7. September 2007

Es gilt das gesprochene Wort

Präsidentalansprache

Gerold Bührer, Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizer Wirtschaft bleibt unter einem Dach. economiesuisse, Ihr Dachverband, der Dachverband der Branchen und Handelskammern, geht gestärkt in die Zukunft. Letztes Jahr stand economiesuisse zeitweilig im medialen Gewitter. Gewitter können eine reinigende Wirkung haben. Die Strategiereform ist zeitgerecht und erfolgreich abgeschlossen worden. Swissmem und auch der Baumeisterverband haben ihre Kündigungen definitiv zurückgezogen. Dazu beigetragen hat vor allem die von den Verbänden und Handelskammern gemeinsam getragene Strategiereform mit den damit verbundenen Einsparungen. Die Finanzierung unserer Aufgaben wird nachhaltig gesichert. Mit diesem Schulterschluss wird die Wahrung der Interessen der Schweizer Wirtschaft gestärkt. Wir erreichen damit mehr Schlagkraft zugunsten eines konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandorts Schweiz. Diesem sind wir verpflichtet.

Die Stärke unserer Volkswirtschaft basiert auf Gross- und Kleinunternehmen, dem Finanz-, Dienstleistungs- und Werkplatz. Es ist daher zentral, dass insbesondere bei Schlüsselfragen die Wirtschaft an einem Strick zieht. Entgegen weniger hoch gespielter Einzelfälle zeigt denn auch ein Blick auf die Abstimmungsgeschäfte dieser und der letzten Legislatur, dass dieser Zusammenhalt gegeben war.

Wir wollen den Dialog auch in Zukunft intensiv weiterführen. Dieser Zusammenhalt, vor allem in entscheidenden wirtschaftspolitischen Fragen, stärkt unsere Schlagkraft. Diese will die Wirtschaft verantwortungsvoll für eine prosperierende Schweiz einsetzen.

Die Schweizer Wirtschaft ist gut in Fahrt. Unser Land verzeichnet nun schon seit 2004 reale Wachstumsraten zwischen zwei und drei Prozent, begleitet von der Schaffung von gegen 100'000 neuen Arbeitsplätzen und dem markanten Abbau der Arbeitslosenrate auf 2,5 Prozent. Verschiedene Indikatoren machen deutlich, dass es um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen gut steht.

Aber: Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Bereits vor den jüngsten Turbulenzen an den Finanzmärkten hat sich mit Blick auf das kommende Jahr eine leichte Verlangsamung des Wirtschaftswachstums abgezeichnet. Auch wenn die Folgen der Verunsicherung an den Finanzmärkten auf die Realwirtschaft noch nicht abschliessend beurteilt werden können, so darf eine verstärkte konjunkturelle Verlangsamung nicht ausgeschlossen werden. Dazu kommt, dass Westeuropa und die Schweiz auch aus strategischer Sicht erheblichen Herausforderungen gegenüber aufstrebenden Volkswirtschaften ausgesetzt bleiben. Wirtschaftlicher Erfolg ist jedenfalls nicht einfach auf alle Zeiten garantiert. Unternehmen, Sozialpartner und die Wirtschaftspolitik sind aufgefordert, sich dem globalen Wettbewerb zu stellen. Die Reformbereitschaft darf trotz guter Konjunktur nicht erlahmen.

Im internationalen Vergleich sind wir bei den Globalisierungsgewinnern. Diese gute Ausgangssituation darf aber nicht zur Selbstgefälligkeit verführen. Es braucht weitere marktwirtschaftliche Reformen und die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Der globale Standortwettbewerb wird hart bleiben. Andere Länder holen auf. Die seit einiger Zeit wegen schwarzer Zahlen in den öffentlichen Haushalten zu beobachtende Ausgabenfreudigkeit ist ein Warnzeichen. Sie würde den Handlungsspielraum für Schuldentilgung und Steuersenkungen gefährlich einengen.

economiesuisse begrüsst ein Wachstumspaket II des Bundesrats. Dieses darf sich allerdings nicht in Details verlieren, sondern muss zu einer nachhaltigen Stärkung der Wachstumspfeiler beitragen. Aus unserer Sicht stehen Verbesserungen bei Bildung und Forschung, in der Energie und Umwelt, bei Finanzen und Steuern sowie bei der Wettbewerbs- und Aussenwirtschaftspolitik im Vordergrund. Dringend bleibt ebenfalls die Rückführung der in einem kostentreibenden Perfektionismus wurzelnden Bürokratisierung.

Fortschritte in diesen Kernbereichen sind unerlässlich, um längerfristig ein ausreichendes Wachstum zu sichern. Lassen Sie mich dabei klarmachen: Wirtschaftswachstum hat selbstverständlich auf die ökologische und soziale Dimension Rücksicht zu nehmen. Dieser Verpflichtung wollen wir uns stellen. Es ist aber nachweislich nicht so, dass Wachstum quer zur ökologischen Verantwortung steht. Erfolgreiches Wirtschaften, dies belegen internationale Vergleiche, erleichtert vielmehr die Umsetzung hoher ökologischer Standards.

Für eine Hochkostenvolkswirtschaft wie die Schweiz ist die Innovationsfähigkeit ein Lebensnerv. Bei Bildung und Forschung hat sich economiesuisse daher hinter die bundesrätliche Botschaft mit einer überdurchschnittlichen Wachstumsrate von sechs Prozent gestellt. Nebst mehr Mitteln braucht es jedoch auch mehr Effizienz, eine bessere Koordination und eine positive Einstellung gegenüber den Naturwissenschaften und neuen Technologien. Wollen wir uns behaupten, ist es unerlässlich, dass die Naturwissenschaften und die Ingenieurausbildung mehr Gewicht erhalten. Dabei ist es unumgänglich, dass die latente Technikfeindlichkeit bereits früh in der Schule abgebaut wird.

Für das Hochschulrahmengesetz muss baldmöglichst eine strategisch überzeugende, zukunftsweisende Lösung gefunden werden. Aufgrund der weltweiten Dynamik in Forschung und Entwicklung sind hier rasch klare Weichenstellungen gefragt. Eine deutliche Aufgabenteilung innerhalb der Hochschullandschaft, unter anderem zwischen Instituten mit globaler Konkurrenzfähigkeit und den übrigen Hochschulen, ist unerlässlich. Von daher betrachtet kommt auch einer Bereinigung der offenen Fragen bezüglich Corporate Governance bei der ETH ein hoher Stellenwert zu. Eine Aufteilung der eidgenös-

sischen Technischen Hochschulen – um Probleme quasi rasch zu beseitigen – kann mit Blick auf den internationalen Wettbewerb kaum die Lösung sein.

Ein weiterer tragender Pfeiler für die Schaffung von Arbeitsplätzen, Wohlstand und somit auch angemessenen Fiskaleinnahmen ist und bleibt eine attraktive Steuerpolitik. Ein konkurrenzfähiges Steuersystem kommt allen zugute, nicht nur der Wirtschaft, sondern der gesamten Bevölkerung. Folgt man Schlagworten und einseitigen verharmlosenden steuerpolitischen Konzepten, ist ein Verlust an Steuersubstrat unaufhaltsam. Die Folgen hätten vor allem der Mittelstand und die unteren Einkommen zu tragen. Für die Schweiz gibt es daher keine Alternative zu einer an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientierten Steuerpolitik. Der Steuerwettbewerb mit der ihm eigenen Innovationskraft bietet dazu nach wie vor eine bewährte Grundlage.

economiesuisse hat mit der Studie „Wer finanziert den Staat in der Schweiz?“ Grundlagenmaterial für eine ganzheitliche, auf Fakten beruhende Analyse präsentiert. Die Studie widerlegt Schlagworte wie „Entsolidarisierung“, „Totsparen“ oder „ruinöser Steuerwettbewerb“. Das schweizerische Steuersystem ist vielmehr ausgeprägt solidarisch. Auch wir stehen dazu. Die Steuereinnahmen sind gerade dank Reformen laufend gestiegen. Und mit Blick auf die überdurchschnittlich gewachsenen Staatsausgaben kann von „Totsparen“ keine Rede sein. Steuerpolitik muss unserem Land, den Menschen und der Wirtschaft dienen. Die von einer unglaublichen Resistenz gegenüber Fakten getragene Schlagwortpolitik würde über kurz oder lang die Steuerkraft unseres Landes schwächen. Dies dürfen wir nicht zulassen. Die negativen Beispiele aus dem Ausland sprechen hier eine klare Sprache. All jene, die gegen Steuerabbau und -vereinfachung Sturm laufen, blockieren schliesslich Auftriebskräfte, Arbeitsplätze und Steuerkraft.

In naher Zukunft geht es darum, die anstehenden Steuerreformen entschlossen umzusetzen. Nach der 1998 in Kraft getretenen, äusserst erfolgreichen Unternehmenssteuerreform I zugunsten der grossen kapitalintensiven Gesellschaften sollen mit der Unternehmenssteuerreform II insbesondere die KMU entlastet werden. Die Vorlage entschärft nicht nur die Doppelbesteuerung von Gewinnen bei Aktiengesellschaften, sondern bietet auch für Personengesellschaften eine Reihe wichtiger Verbesserungen. Die nicht zuletzt aus Rücksicht auf die Kantone im Sinne eines Kompromisses zustande gekommene Mindestbeteiligung von zehn Prozent muss dabei nicht für alle Zeiten in Stein gemeisselt bleiben. Die erwarteten Wachstumseffekte werden zweifellos eintreten. Alle Unternehmen werden von dieser Reform letztlich profitieren. Mit Blick auf die internationalen Steuersenkungen ist eine deutliche Reduktion der Gewinnsteuersätze ebenfalls unaufhaltsam. Schliesslich sollte die Mehrwertsteuerreform konsequent und mit einem Einheitssatz ausgestattet umgesetzt werden. Steuerreformen müssen angesichts des harten Standortwettbewerbs eine Daueraufgabe bleiben.

Wettbewerb ist letztlich überlegen. Davon bin ich persönlich fest überzeugt. Ein Unterbinden des Steuerwettbewerbs ist nicht im Interesse Europas. Dies gilt erst recht für den innerschweizerischen Steuerwettbewerb. Als Nichtmitglied der EU darf die Steuersouveränität nicht zur Verhandlungssache werden. Sie ist nicht Bestandteil der bilateralen Verträge. Dies würde ein gefährliches Präjudiz schaffen. Der Anspruch der EU ist nicht nur völkerrechtlich unhaltbar, er verkommt auch zur Heuchelei, wenn man die zahlreichen Steuerprivilegien einzelner Länder betrachtet. Wer mit Schlagworten wie Rosinenpickerei hausiert, verrät höchstens unakzeptable wettbewerbspolitische Defizite. Anstatt uns selbst noch zusätzlich unter Druck zu setzen, müssen wir aus einer Position der Stärke und der Prinzipientreue heraus agieren. Nur so werden wir uns auf internationaler Ebene Respekt verschaffen. Und die Wahrung unserer nationalen Interessen braucht nun einmal Standfestigkeit.

Das Klima und die Endlichkeit der fossilen Brennstoffe können die Wirtschaft nicht kalt lassen. Die Wirtschaft nimmt hier ihre Verantwortung wahr. Sie leistet mit der Energie-Agentur und der Stiftung Klimarappen namhafte Beiträge. Die Achse Wachstum und Nachhaltigkeit wird gerade in der Energie- und Klimapolitik besonders gefordert bleiben. Zur Sicherstellung des Wachstums bleibt eine zuverlässige, kostengünstige und umweltfreundliche Energieversorgung unabdingbar. Mit einem Mix von Sparmassnahmen, Effizienzverbesserungen, Forschung, der Weiterentwicklung alternativer Energien sowie dem Ersatz bestehender Kernkraftwerke muss der sich abzeichnenden Stromlücke begegnet werden.

Unserer Verpflichtung gegenüber der Klimafrage wollen wir uns auch zukünftig stellen. Die namhafte Reduktion der fossilen Brennstoffe bleibt für uns eine ernst zu nehmende Verpflichtung. Auch die Klimapolitik kann sich dem ökonomischen Prinzip nicht entziehen. Die vom zuständigen Departementschef Mitte August vorgestellten Pläne blenden solche unerlässlichen ökonomischen Kriterien schlichtweg aus. Wir sind davon überzeugt, dass zur Lösung dieser Problematik in der Form des Zertifikatehandels sowie des Technologietransfers zugunsten der grossen Emittenten bessere und international abgestimmte Wege vorhanden sind. Gerade weil es sich hier um eine globale Herausforderung handelt, ist das Schwergewicht des Mitteleinsatzes unter Berücksichtigung der anfallenden Kostenvorteile zu optimieren.

Der Leistungsausweis der Schweizer Unternehmen – gross, mittel und klein – ist beachtlich. Marktanteile, Rentabilität und Arbeitsplätze konnten erhöht werden. Dahinter steht das Engagement von Menschen auf allen Stufen. Damit wir in Zukunft auf dieses beherzte Engagement und die Akzeptanz der Öffentlichkeit zählen können, müssen wir auch ausserhalb der Fabrikttore Verantwortung übernehmen. Wir müssen in unserer schnelllebigen Zeit aufzeigen, dass Leistungsbereitschaft, das Streben nach Konkurrenzfähigkeit und Rentabilität nicht einfach Selbstzweck sind. Die Früchte kommen in der Form von Arbeitsplätzen und Wachstum dem ganzen Land zugute.

Gerade auch seitens der Wirtschaft muss aufgezeigt werden, dass die in einem weitverbreiteten Nativismus und Perfektionismus wurzelnde Beschränkung der Wirtschaftsfreiheit und der Flexibilität in eine Sackgasse führen. Die Menschen müssen spüren, dass sich gerade auch die Wirtschaft für Freiheit und Markt einsetzt. Der weitverbreiteten Mode des Schlechtredeus um jeden Preis müssen wir konstruktive Rezepte entgegenhalten.

Es darf nicht sein, dass Wettbewerb und offene Märkte als Folge von Ängsten und Verunsicherung noch mehr in die Defensive geraten. Die Freiheit des Wirtschaftens hat das Fundament auch für den sozialen und ökologischen Ausgleich gestärkt. Wir bleiben daher aufgefordert, den Appell Ludwig Erhards, die Freiheit zu entwickeln, ernst zu nehmen. Die besten Rezepte für marktwirtschaftliche Reformen nützen aber wenig, wenn die Mehrheitsfähigkeit versagt bleibt. Neben der Sache beruhen Mehrheiten erheblich auf Glaubwürdigkeit und Vertrauen. Nur wenn sichtbar wird, dass die Klammer von Freiheit und Verantwortung in der Praxis hält, werden unsere Postulate auch gehört. Mit dieser Wahrnehmung von Verantwortung und der nötigen Bodenhaftung wird es vermehrt gelingen, dass Werte wie Wachstum, Eigentum, Eigenverantwortung und technologische Erneuerung als tragende Säulen wahrgenommen werden. Gelingt uns dies, werden die notwendigen marktwirtschaftlichen Reformen auch die nötige Akzeptanz finden und unser Land auch zukünftig auf der Gewinnerseite bleiben.

economiesuisse ist bereit und gewillt, unsere Volkswirtschaft mit Entschlossenheit voranzubringen. Meine Damen und Herren, ich zähle auch auf Ihr Engagement!